

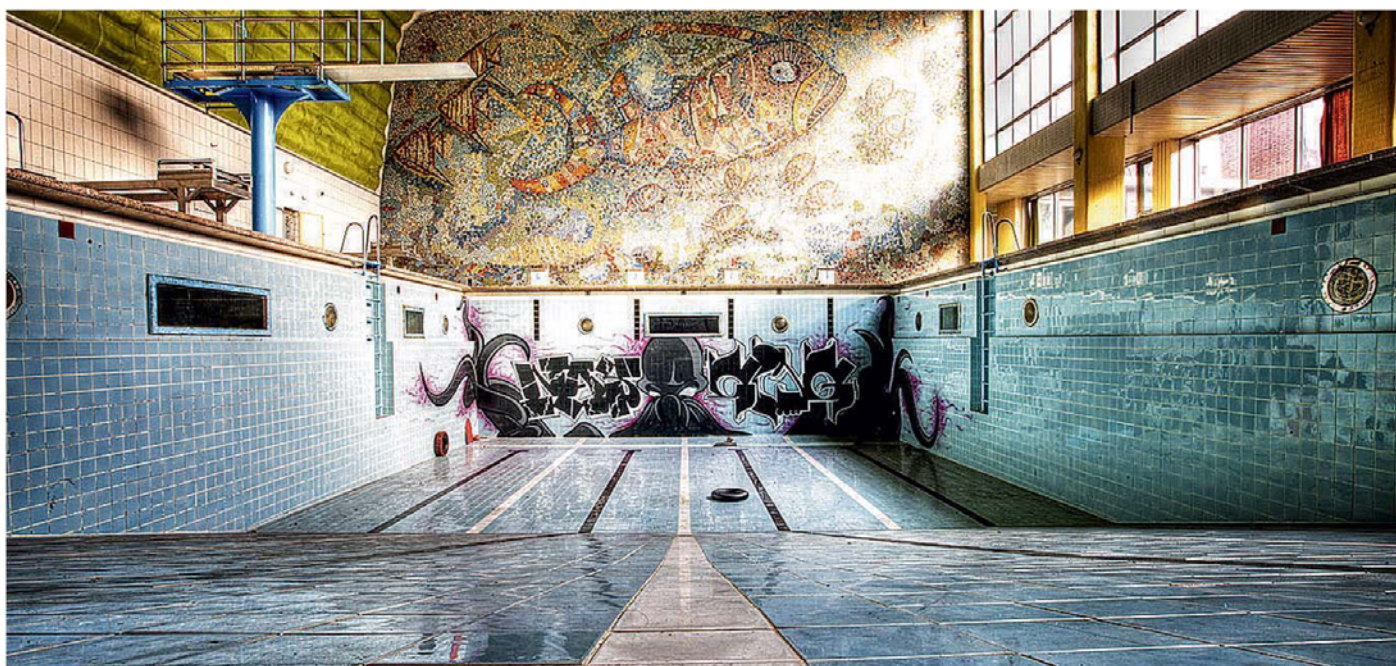
# Zeitung für Saarbrücken

DONNERSTAG, 14. APRIL 2011

Mit Stadt Saarbrücken und Oberer Saar

NR. 88

SEITE C1



Was auch immer aus dem Stadtbad wird, das Zolnhofer-Mosaik soll erhalten bleiben, da ist sich die Politik einig.

FOTO: THOMAS DEICKE

## Stadtbad-Investor winkt ab

Banken wollen Wohnungen im ehemaligen Hallenbad nicht finanzieren

**Vor zehn Jahren wurde das Stadtbad St. Johann, das ehemalige Kaiser-Friedrich-Bad, geschlossen. Seitdem sind alle Pläne, aus dem Gebäude einen Wohnkomplex zu machen, gescheitert.**

Von SZ-Redakteur  
Martin Rolshausen

**St. Johann.** Wohnen in einem frisch sanierten historischen Gemäuer mitten in der Stadt und das auch noch zu vernünftigen Preisen – dieser Traum von einer neuen Nutzung des vor zehn Jahren geschlossenen Stadtbads St. Johann scheint gerade zu zerplatzen. Der Investor, das Ingenieurbüro Klockner aus Windhagen im

nördlichen Rheinland-Pfalz, macht einen Rückzieher.

In einem Brief von Dienstag dieser Woche teilt Günter Klockner Oberbürgermeisterin Charlotte Britz mit, dass sein Büro für einen Teil der Planungen „keine Finanzierung nachweisen“ kann. „Der Hauptgrund“ dafür, dass keine Bank mitmache, sei, „dass wir die Wirtschaftlichkeit im Bereich der Wohnanlagen nicht nachweisen können“. Das liege an zwei Dingen: Die Baukosten seien höher als geplant. Und die mit der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), die das Projekt betreut, vereinbarten Mieten beziehungsweise Kaufpreise für 30 Wohnungen seien zu niedrig angesetzt.

Der Kaufpreis von 1700 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche und 17 500 Euro für einen Tiefgaragenplatz beziehungsweise acht Euro Miete pro Quadratmeter waren vereinbart. Damit seien die Kosten nicht zu decken, hat Klockner der LEG bereits am 5. April mitgeteilt. Würde das Büro Klockner bei dieser Vereinbarung bleiben, werde es einen Verlust von rund 750 000 Euro machen, schreibt der Geschäftsführer an die LEG.

Die LEG hat Klockner am Dienstag mitgeteilt, dass sie es sehr bedauere, dass er die Wohnungen nicht zum vereinbarten Preis an die Woge Saar (wie die LEG Teil der Strukturholding des Landes) abgeben kann.

Damit sei „die Geschäftsgrundlage zum Ankauf des Grundstücks entfallen“.

Diese Mitteilung war offenbar Auslöser für Klockners Brief an Britz. Schließlich gehört das Gebäude der Stadt. In diesem Brief erklärt Klockner, dass 90 Prozent des Projekts, unter anderem eine Kindertagesstätte und Wohnungen für Studenten, finanziell abgesichert seien. Die 30 Wohnungen, um die es jetzt noch geht, könne auch die LEG selbst nicht zum vereinbarten Preis bauen. „Sie kochen auch nur mit Wasser“, schreibt Klockner an die LEG. Er will nachverhandeln und rät der Oberbürgermeisterin: „Das Projekt sollte verwirklicht werden.“